

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/CG001

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/049/2015

Teilnahme der Stadt Erlangen am Wettbewerb Zukunftsstadt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	22.04.2015	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen
Amt 13, Amt 47, Ref. VI

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die Stadtverwaltung hat sich seit dem Eingang eines Schreibens des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stefan Müller, am 24. Februar 2015 mit dem Wettbewerb befasst. Unter Federführung von Amt 13 wurde im März eine Projektskizze ausgearbeitet, die am 25. März fristgerecht beim Projektträger (VDI Technologiezentrum GmbH, 40468 Düsseldorf) eingereicht wurde. Am 15. April hat das BMBF bekanntgegeben, dass Erlangen zu den 52 geförderten Kommunen gehört. Insgesamt lagen der Jury 168 Bewerbungen aus ganz Deutschland vor.

In der ersten Phase des Wettbewerbs während des Wissenschaftsjahres 2015 – Zukunftsstadt werden die Kommunen im Bürgerbeteiligungsprozess eine Vision mit dem Zeithorizont 2030+ für ihre Kommune entwickeln und Handlungs- bzw. Umsetzungsvorschläge erarbeiten. 1,75 Millionen Euro stellt das BMBF dafür insgesamt bereit. In der zweiten Phase ab 2016 prüfen bis zu 20 ausgewählte Kommunen diese Vorstellungen wissenschaftlich und erarbeiten ein umsetzungsreifes Konzept. In der dritten Phase ab 2018 werden schließlich bis zu acht ausgewählte Kommunen erste innovative Ideen in so genannten „Reallaboren“ in die Praxis umsetzen.

Ausgangspunkt der Erlanger Bewerbung sind drei wesentliche Transformationsprozesse, die sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auf das Stadtbild auswirken und in einer Verschiebung urbaner (Sub)Zentren Abhängigkeiten und Funktionen im gesamten Stadtgefüge beeinflussen und neu definieren werden: Der Bau des Siemens-Campus, die Entwicklungen an der FAU und in ihrem Umfeld sowie der geplante Bau der Stadt-Umland-Bahn.

Im Zusammenhang betrachtet, ergibt sich eine Art Stadtverwandlung, geprägt durch neue oder aufgewertete Räume entlang der StUB-Trasse im ganzen Stadtgebiet, sowie durch starke Pole im Norden (Altstadt, Universität, Klinikum) und im Süden (Siemens-Campus, Universitäts-Südgelände). Diese Räume sind Schauplatz der Transformation und als solche gestalt- und wandelbar; es gibt bereits Akteure in der Stadtgesellschaft, die sich mit den anstehenden Veränderungen befassen. Stehen Kommunen aktuell meist vor der Aufgabe, der zunehmenden Privatisierung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken, besteht

in Erlangen nun die einmalige Chance, private Flächen wieder in das Bewusstsein und den Aktionsraum der Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen und andere, vertraute Flächen um- und nezugestalten. Die Stadtverwandlung wird aber nicht nur die Stadt verändern, sie wird auch konkrete Auswirkungen auf den Alltag der Menschen in der Stadt haben, weil Bedürfnisse aus bisher unbekanntem Blickwinkeln betrachtet, neu verhandelt und angepasst werden müssen.

Die Stadt Erlangen ist aufgrund ihrer wirtschaftlichen Gegebenheiten eine sehr diverse, internationale Stadt. Bürgerbeteiligungsverfahren kommen bei der Stadt Erlangen seit geraumer Zeit zum Einsatz, bleiben in ihrer Reichweite aber oft beschränkt. Aus vorhandenen Ansätzen gilt es, ein stimmiges Gesamtkonzept und allgemein anerkannte Qualitätsstandards zu entwickeln. In diesen Prozess integriert sich maßgeblich die Stadtverwaltung Erlangen, die mit einer inhaltlich vertieften Definition und Strukturierung von Partizipationsprozessen sowie der Sensibilisierung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine entsprechend fundierte Rolle in der Moderation einnehmen soll.

Ziel des Erlanger Projekts ist es also, die skizzierten Transformationsprozesse als Chance zu begreifen, Erlangen an diesem historisch wichtigen Punkt gemeinsam zu gestalten, und dadurch die Funktion der Stadt als Lebensraum zu sichern und die urbane Identität zu stärken. Dies soll in einem nachhaltigen und partizipativen Gesamtprozess geschehen, an dem neben Stadtspitze und Stadtverwaltung Vertreter der Politik, die externen Akteure und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind. Parallel dazu entwickeln Stadtverwaltung, externe Akteure und die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam allgemein anerkannte Standards für Partizipation und ein stimmiges Gesamtkonzept.

Als nächster Schritt ist nun bis Mitte Mai ein formeller Antrag zu stellen. Die Stadtverwaltung wird dazu die Projektskizze vertiefen und die ersten der für die Entwicklung der kommunalen Vision 2030+ nötigen lokalen Akteure einbinden.

Anlagen:

III. Behandlung im Gremium

Beratung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 22.04.2015

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Janik
Vorsitzende/r

gez. Lerche
Berichterstatter/in

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

V. Zum Vorgang